

Vom (Un)Sinn ökonomisierter Bildung

4. Veranstaltung der GEW Hessen zur Ökonomisierungskritik

Unter dem Titel vom (Un)Sinn ökonomisierter Bildung präsentierte die GEW Hessen am 17. Februar 2018 die vierte Veranstaltung in Folge, die sich mit den neoliberalen Zugriffen auf das Bildungssystem kritisch auseinandersetzte. Während es in der Vergangenheit zu drei in universitärem Rahmen (einmal an der Philipps-Universität Marburg und zweimal an der Frankfurter Goethe-Uni) Veranstaltungsreihen im Vorlesungsstil mit

wechselnden Referenten*innen gekommen war, hatte die Vorbereitungs-AG mit Mitgliedern aus den Kreisverbänden Hochtaunus und Wiesbaden sowie dem BV Frankfurt diesmal auf eine kompakte Form als Tagesveranstaltung im Frankfurter DGB-Haus gesetzt. Ein Konzept, das voll aufging, wie man es an der zahlreichen Beteiligung ablesen konnte.

Immer mehr private „Akteure“ auf dem Bildungsmarkt

Prof. Dr. Tim Engartner (Didaktik der Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt politische Bildung am Fachbereichs 03 Gesellschaftswissenschaften der Uni Frankfurt) beschäftigte sich unter dem Thema „Bildungsrepublik im Ausverkauf“ mit dem Stand direkter Zugriffe der Privatwirtschaft auf (bisher) öffentliche Einrichtungen im „Land der Stifter und Schenker“. Tim Engartner hatte schon auf dem eintägigen Seminar der GEW Hessen zur Frage des Zustands und der Zukunft der politischen Bildung an den hessischen Schulen auf das Problem der Einflussnahme durch verstärkten Lobbyismus hingewiesen und in diesem Rahmen unter anderem sein Buch „Staat im Ausverkauf“ vorgestellt (Besprechung in der FLZ 2016-04). Der Trend zur „Verbetriebswirtschaftlichung der menschlichen Existenz“ hält nach Engartner ungebrochen weiter an und hat sich in den vergangenen Jahren noch beschleunigt. Für das Bildungssystem bedeutet dies, dass die betriebswirtschaftlichen Impe-

system, in dem das sich inflationär ausbreitende Heer der Privatschulen eine maßgebliche Rolle spielt. Ein Prozess mit vielen Facetten wie den Tatsachen, dass

- sich immer mehr private „Akteure“ auf dem Bildungsmarkt tummeln, um dort staatliche Gelder abzusahnen.
- Apple und Consorten mittlerweile ganze Schulen finanzieren, um so gleich vor Ort den Nachwuchs für ihre technische und Management-Elite, sozusagen „von der Pike“ auf, zu rekrutieren.
- immer mehr private Bildungsangebote bei der Nachhilfe aus dem Boden schießen, die ihren Profit mit der um sich greifenden Sorge ambitionierter Eltern machen, dass es ihrem Nachwuchs an den nötigen „Kompetenzen“ für den sich verschärfenden Wettbewerb auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt mangeln könnte.
- die Zahl der Angebote von Sprachreisen und Weiterbildungskursen weiterhin kräftig wächst, was es u. a. mit sich bringt, dass bisherige „Freizeit“-bereiche der menschlichen Existenz auch noch wirtschaftlichem Denken unterworfen werden, da sie zur Zeitressource für Kompetenzerwerb zum Bestehen in der Konkurrenz werden.
- unterdessen zahlreiche private Hochschulen die bundesdeutsche Bildungslandschaft besiedeln.

Diese Entwicklungen bringen einen rigorosen Wettbewerb für die öffentlichen Schulen mit sich, in dem diese aufgrund bekannter und massenmedial gerne breitgetretener Mängel von vorneherein schlecht aufgestellt sind. Der Zustand des öffentlichen Schulwesens, mit dem ein Christian Lindner durch plakative Sprüche wie „nur weil Kinder gerne im Dreck spielen, heißt das noch lange nicht, dass die Schulen auch so aussehen müssen“ seinen wahlpropagandistischen Schindluder treibt, um für sein Programm einer nochmaligen Verschärfung des Privatisierungsdrucks demagogisch Werbung zu betreiben, ist dabei ein Ergebnis des Investitionsstaus, dessen Beseitigung von der regierenden Politikerklasse immer einmal wieder in nationalem Notstandsgejammer beschworen und in Wahlkämpfen versprochen wird, ohne dass sich bisher Nennenswertes getan hätte.

Dabei ist Bildung, die einzige wertvolle Ressource hierzulande, im Bundeshaushalt nach wie vor unterbewertet. Es müsse ein Fehlbetrag in Höhe von wenigstens 32 Mrd. Euro Investitionsbedarf ausgegangen werden, um den bestehenden Sanierungsstau aufzulösen, der sich größtenteils aus unbedingt notwendigen Ersatzinvestitionen für eine in die Jahre gekommene Infrastruktur ergebe. Bröckelnde



Plenum



Tim Engartner: Staat im Ausverkauf. Privatisierung in Deutschland. Frankfurt am Main 2016 (Campus), 22,95 Euro.

Schulbauten mit lecken Dächern, herabfallenden Lampen, abseitigen Toilettenanlagen und den anderen multiplen Merkmalen der total vernachlässigten schulischen Liegenschaften ergeben das Bild eines öffentlichen Schulwesens, das von den Eltern, die es sich im Interesse ihrer Kinder leisten können, zunehmend gemieden wird. Dies beginnt mit der Anmeldung des Nachwuchses in Edel-Kitas für 1600 Euro/Monat mit Rundumbetreuung und setzt sich mit einer durchgängigen Schullaufbahn im Privatschulensektor fort.

Dabei erhöht sich der Konkurrenzdruck, der auf der öffentlichen

Bildung lastet, auch um den zunehmenden Wettbewerb um staatliche Mittel, da auch der Privatschulensektor auf Landesmittel angewiesen ist und bei Zertifizierung der betreffenden Bildungsgänge auch Anspruch auf entsprechende Förderung hat, was die für den rein öffentlichen Sektor verfügbaren Mittel in Zeiten der Schuldkrise zusätzlich verknappt. Mit dem immer stärker in den Vordergrund rückenden Finanzierungsmodell für Sanierung und Schulneubauten in Form des ÖPP (Öffentlich-private Partnerschaft, auch bekannt unter PPP – Public-private Partnership) findet nicht, wie propagandistisch immer wieder von interessierter Seite verbreitet wird, eine Entlastung öffentlicher Haushalte statt, sondern vollzieht sich vielmehr ein systematischer Ausverkauf staatlicher Zuständigkeit im Bildungssektor. Untersuchungen von Landesrechnungshöfen haben überdies immer wieder gezeigt, dass die angebliche Kostengünstigkeit des Finanzierungsmodells nicht nur, aber gerade auch in Zeiten des Null-Prozent-Zinssatzes herbeigelogen wird, um so der Betätigung privater Investoren den Weg zu bereiten. Eine Umfrage unter Schulleitern*innen bestätigt den durchschlagenden Erfolg dieser Strategien, wenn als bevorzugte Ansprechpartner für die Ausstattung von Schulen seitens 80% der

Befragten Privatinvestoren genannt werden. „Privatunternehmen bauen, renovieren u betreiben Schulen, werden mitunter sogar mit der Einstellung von Hausmeistern und Reinigungspersonal betraut: Vorreiter: Landkreis Offenbach, der bereits 2004 die Sanierung und Bewirtschaftung der 90 Schulen des Kreises im ÖPP-Gesellschaftsmodell an Privatunternehmen übertrug/auch vier Schulen in Frankfurt/Main und 15 Berufsschulen in Hamburg mit einem Investitionsvolumen von 320 Mio. Euro“, so Tim Engartner.

Satte Gewinne winken aber vor allem auch bei Entwicklung und Vertrieb von Unterrichtsmaterialien, einem Sektor, in dem sich mittlerweile um die 60 Unternehmen tummeln, darunter auch solche, die unverblümt dürrtig bemäntelte rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Aus der Werbepsychologie resultierende Erkenntnisse werden zum Leitfaden der gezielten Beeinflussung schon von Grundschulkindern, ist doch bekannt, dass in frühem Alter geworbene Kundschaft sich durch eine hohe Produkt- und Produzententreue auszeichnen. Für die Altersgruppe typische Erzeuger treiben Werbung für ihre Produkte mit als Bildungsangebot getarnten Materialien. Der Zuckerwasservertreiber „Capri-Sonne“ konnte sich immerhin „knapp 5 Jahre lang mit einer zum Einsatz gebrachten Unterrichtsmappe Fit, fair und schlau“ als Unterrichtsmaterial am Bewusstsein von Grundschulern*innen vergreifen, indem das „für Grundschulen entwickelte UM suggeriert, mit Zucker gesüßte Getränke seien vitaminreich und stünden in der Ernährungspyramide auf der gleichen Stufe wie Wasser – verbunden mit dem Hinweis, dass man davon viel trinken solle“, erklärte Tim Engartner. Über den gesundheitlichen Wert des Schokoladekonsums aufzuklären ist selbstredend niemand besser befähigt als der Schokoladenhersteller Alfred Ritter GmbH & Co. KG. Auf „der als Unterrichtsmaterial deklarierten Ritter Sport-Wer-



Prof. Dr. Tim Engartner

native immer stärker dazu tendieren, herkömmliche Vorstellungen über Bildung zugunsten des Prinzips „Profit vor Pädagogik“ zur Seite zu schieben. „Bildung wird im Zeitalter von PISA und Bologna immer mehr an unmittelbar ökonomisch nutzbaren Fachkompetenzen gemessen – Bildungsreformen nach PISA-Maßstäben haben zur Reduktion des Lernens auf Wissen und seine Verwertbarkeit geführt“, so Engartner. Es handele sich um eine paradigmatische Verschiebung des Bildungsbegriffes zugunsten rein funktionaler Bildung, wobei die Bedingungen der Funktionalität auf breiter Front fremdbestimmt und extern im Sinne der Privatwirtschaft und deren unmittelbaren Verwertungsinteressen gesetzt würden. Dabei geht es allerdings längst nicht mehr alleine um die innere Umstrukturierung des bestehenden Bildungssystems, sondern um dessen teilweise Abschaffung und Ersetzung durch ein ganz klar auf soziale Spaltung der Gesellschaft abzielendes Zweiklassen-



Zum Abschluss trat die Theatergruppe Xtrameile mit ihrem Stück „Yes, we burn!!!“ auf. Martina Frenzel und Signe Zurmühlen präsentierten ein satirisch-witziges und böses Stück über indirekte Steuerung und das Arbeiten heute: „Lernen Sie Bettina Zimmer kennen und erfahren Sie in Rückblicken, warum sie eine „klitzekleine“ Erschöpfungsdepression bekommen hat. Sie arbeiten zu viel? Das ist definitiv Ihre eigene Schuld, Sie müssen einfach mit Frau Baumann die 10-Sekunden-Entspannungsübung trainieren ...“ – Das Stück rundete die Veranstaltung gelungen ab und ertete viel Applaus.



bemappe mit dem Titel »Von der Kakaobohne zur Schokolade« derselbe Schrifttyp wie auf der handelsüblichen Schokoladenverpackung. So ist der Wiedererkennungseffekt beim nächsten Schokoladenkauf gesichert und der Effekt, der sich durch den Konsum einstellen soll, wird im Unterricht mit einem zeitgemäßen Yoga-Quickie schon mal ins Unterbewusstsein der Schülerinnen und Schüler versenkt: „Im Wege einer Entspannungsübung, zu deren Beginn die Lehrkraft allen Kindern ein Stückchen Schokolade reicht, lernen die Grundschüler, dass Schokoladenkonsum vorteilhaft für Geist u Körper ist. Im gesamten Heft wird Schokolade mit Belohnung, Glück und Entspannung gleichgesetzt. An einer Stelle heißt es wörtlich: „Außerdem ist Schokolade einfach lecker und damit eine gute Belohnung“. Und Entspannung ist im effizienzgesteuerten Schulsystem, in dem die Jagd auf Creditpoints die Lernenden schnell an die Grenzen der Belastbarkeit treibt, eine ebenso knappe Ressource wie Belohnung, mit der das System einer zunehmend ungehemmten Selektionswut für viele immer weniger aufzuwarten hat. Ein satter Zukunftsmarkt für die Glücksverkäufer von der Dickmacherfront!

Engartner stellte klar, dass die Vertreter*innen der Privatwirtschaft in der Schule nichts zu suchen haben, auch nicht als vermeintliche Experten*innen, die von außen im Rahmen der vielbeschworenen „Öffnung“ von Schule das angebliche Lebenskolorit in den „toten“ Schulstoff bringen sollen, das dieser entbehren soll. Einen externen Lernort aufzusuchen oder einen externen Experten in die Klasse zu holen, sind zwei völlig verschiedene Dinge, da letzteres zu einer De-Legitimierung und damit Entwertung der ausgebildeten Lehrkräfte führt, die im Vergleich mit dem/der Experten*in gerade als diejenigen ohne das erforderliche Expertenwissen dastehen.

In einem Katalog von Anforderungen fasste der Referent seine Kritik zu einer bündigen Form zusammen:

1. Schulen haben der Aufklärung und nicht der Verklärung zu dienen, und zwar völlig unabhängig von den jeweiligen Gegenständen und den mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen und/oder wirtschaftlichen Interessen!
2. Kinder und Jugendliche sind unerfahren im Umgang mit fremden Meinungen, da sie sich gerade im Prozess der Ausbildung des dazu notwendigen Differenzierungsvermögens befinden; deswegen besuchen sie eine Schule und nicht aus dem Grunde, von Akteuren mit eindeutig definierten Interessen durch verfängliche Argumentationen und Materialien fremdbestimmten Zielen und Zwecken manipulativ unterworfen zu werden!
3. Schüler*innen dürfen daher nicht den Eindruck erhalten, dass externe „Experten*innen“ gesellschaftlich allgemein akzeptierte Meinungen vertreten.
4. Lernprozesse können nur erfolgreich sein, wenn Unterrichtsthemen sachlogisch reflektiert und diskutiert werden; die Pluralität von Meinungen und Standpunkten ist dazu eine der grundlegenden Voraussetzungen.
5. Vertreter*innen von Privatunternehmen delegitimieren durch Öffnung von Schule den Lehrerberuf. Ihnen gegenüber ist an dem historischen hart erkämpften Grundsatz

festzuhalten, dass nur denjenigen eine Befähigung zur pädagogischen Arbeit zuzuerkennen ist, die auch eine erfolgreiche akademische Fachausbildung dazu vorweisen können!

6. Am grundsätzlich zu verteidigenden Prinzip einer Allgemeinbildung ist festzuhalten, weil nur sie den außerhalb enger Zweckbestimmungen notwendigen Reflexionshorizont gegenüber gegenwärtigen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Sachverhalten eröffnet. Eine funktionale Verkürzung des Wissensbegriffs auf unmittelbares Anwendungswissen ist abzulehnen.

7. Die bestehende Schieflage zwischen staatlichen Schulen und Privatunternehmen aufgrund der Infrastrukturmängel muss die zentrale Forderung an die Politik darstellen, für deren Durchsetzung entsprechender gesellschaftlicher Druck aufzubauen ist.

8. Dieselben Akteure, die Unterrichtsmaterialien für Wirtschaft unterbreiten, fordern die Einführung eines Faches Wirtschaft an den Schulen, da die Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler hierin angeblich unzureichend seien; dabei hat laut internationalen Studien zu gelten, dass die wirtschaftliche Bildung in Deutschland im oberen Drittel der untersuchten Länder zu verorten ist. Die Forderung nach einem Fach Wirtschaft ist daher eine Mogelpackung, darauf abzielend, das ohnehin schon stark vernachlässigte Fach „Politik“ und damit die Möglichkeit zur Gewinnung kritischen Denkens aus dem schulischen Rahmen zu drängen. Die Einführung des verlangten Faches kann nur zu Lasten anderer Wissensbestände gehen: Was ist mit dem Wissen um Auschwitz-Birkenau, um nur ein unerlässliches Detail zu benennen, das sich sicher nicht im Rahmen eines „Entspannungs-Quickies“ wird abhandeln lassen!

9. Festzuhalten ist, dass die Kritikfähigkeit der Schülerinnen und Schüler durch Unternehmensmaterialien entscheidend eingeschränkt wird, was deren Verwendung im schulischen Rahmen als autoritative Quelle ausschließen muss.

10. Schulbücher müssen daher ohne jede Ausnahme durch die Kultusministerien geprüft werden, wobei allem Lobbyismus ein Riegel vorzuschieben ist und keine Privilegien für bestimmte Erzeuger gelten dürfen.

Ernst Olbrich

Die GEW geht gegen das Stiftungs-Unwesen vor.

Ausgehend von dem GEW-Gewerkschaftstagsbeschluss Nürnberg zur Bertelsmann-Stiftung stellt die GEW fest:

Unternehmens-Stiftungen, bei denen die Stiftungen steuerrechtlich als gemeinnützig anerkannt sind und gleichzeitig Eigentümer operativ mit Gewinnerzielungsabsicht tätiger Unternehmen sind, dürfen steuerrechtlich nicht weiter begünstigt werden.

Die Reform des Stiftungsrechts unter Schröder-Fischer 2000 und Merkel/Müntefering 2007 führte zu einer explosionsartigen Vermehrung der Stiftungen von etwa 8.000 auf fast 21.000 von Ende 1999 bis 2014. Auch die Zahl der unternehmensnahen Stiftungen stieg in diesem Zeitraum an.

Durch steuerrechtliche Regelungen werden Unternehmen umfangreiche Möglichkeiten der Steuerersparnis eingeräumt. Sie sparen

Stiftungen – privater Einfluss mit Steuergeldern subventioniert

Matthias Holland-Letz, GEW-Mitgliedern durch seine Veröffentlichungen in der EuW und durch die „Privatisierungs-Reports“ bekannt, referierte über „Scheinheilige Stifter in Schulen“. Grundlage war sein Buch „Scheinheiligestifter – Wie Reiche und Unternehmen durch gemeinnützige Stiftungen noch mächtiger werden“, Köln 2015.

In er anschließenden Diskussion wurde der Vorschlag gemacht, sich nicht nur darüber zu empören, sondern als Gewerkschaft die Auseinandersetzung wieder aufzunehmen, wie sie in Bezug auf die Bertelsmann-Stiftung schon geführt worden ist. Dieser Vorschlag ist inzwischen in den unten stehenden Beschluss der Delegiertenversammlung des GEW Bezirks Frankfurt gemündet, der entsprechend beim Landesverband und Hauptvorstand eingereicht werden soll. Wie zu hören ist, soll sich auch der DGB-Bundevorstand mit ähnlichen Gedanken tragen.

Von daher beschränkt sich der Bericht auf Ergänzungen.

Die Wirkung von Stiftungen in der öffentlichen Meinungsbildung ist nicht zu übersehen. Ob es gesponserte Projekte an den Schulen sind oder Gutachten oder sonstige Vorschläge – die Stiftungen geben vielfach den Ton an, allen voran die mächtige Bertelsmann-Stiftung.

Auffallend ist zunächst die Explosion der Zahl der Stiftungen seit der Reform des Stiftungsrechts unter Schröder-Fischer 2000 und Merkel/Müntefering 2007: Von Ende 1999 bis 2014 von etwa 8.000 auf fast 21.000. „Schätzungen zufolge besitzen sie ein Gesamtvermögen von 100 Milliarden Euro.“ (Scheinheiligestifter S.12)

Die Ziele insbesondere der Unternehmens-Stiftungen lassen sich so zusammenfassen:

- Netzwerke bilden für die Beeinflussung von Öffentlichkeit und Politik
- Eintreten für eine Privatisierungs- und Ökonomisierungspolitik und damit für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für steigende Gewinne und gegen Gewerkschaften.

Steuern, wenn sie Kapital zur Gründung einer Stiftung bereitstellen oder Spenden an eine Stiftung zahlen. Stiftungen wiederum zahlen auf ihre Einkünfte keinerlei Steuern, auch Einnahmen aus Unternehmensbeteiligungen oder Dividenden sind steuerfrei. Von Erbschaft- und Schenkungsteuer sind gemeinnützige Stiftungen ebenfalls befreit.

Dem Staat und damit dem öffentlichen Gemeinwohl entgingen und entgehen damit Milliarden Euro an Einnahmen, die dann von den Stiftungen nach ihren Zielen verwandt werden.

Die Eigentümer des Bertelsmann-Konzerns, die Familie Mohn, sparten durch die Übertragung von drei Vierteln des Aktienkapitals von Bertelsmann an die Bertelsmann-Stiftung nach Schätzungen 2 Milliarden Euro Erbschaftsteuer.

Die Steuerausfälle durch das Gesetz von 2000 („Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Re-

Es gibt inzwischen über 1.000 Stiftungslehrstühle an Hochschulen.

- Steigerung des Nutzens für das eigene Unternehmen
- Steuerersparnis: Hierfür gibt es vier Wege:
 - Sonderausgabe bei der Einkommensteuer des Stifters (z.B. Unternehmen) + steuerfreie Spenden
 - Spendenquittungen für Zuspender
 - Einkünfte der Stiftungen sind steuerfrei
 - Vererbung oder Schenkung an Stiftung bleiben steuerfrei

Es gibt keine Veröffentlichungspflicht!

Entscheidend dabei ist, dass der Staat Stiftungen als gemeinnützig einstuft und sie dadurch viele Privilegien genießen, etwa das Recht, auf Einnahmen keine Steuern zu zahlen. „Hier wird privater Nutzen vom Fiskus mit vielen Millionen, womöglich sogar Milliarden Euro gefördert!“

Wer als reiche Privatperson eine Million Euro in eine Stiftung steckt, bekommt vom Finanzamt fast die Hälfte zurück.

Handelt es sich um Anteile an einem Unternehmen, so lässt sich erreichen, dass die Stiftung die Unternehmensgewinne steuerfrei erzielt.

Die Robert-Bosch-Stiftung beispielsweise besitzt 92% des Weltkonzerns Robert Bosch GmbH mit 357.000 Beschäftigte und einem Umsatz von 64 Milliarden Euro 2014.

Die Bertelsmann-Stiftung besitzt rund 75 % des Bertelsmann-Konzerns mit über 100.000 Beschäftigten und einem Umsatz von über 16 Milliarden Euro.

Die Possehl-Stiftung in Lübeck besitzt 100% der Anteile am Mischkonzern L. Possehl & Co mbH mit rund 12.000 Beschäftigten und 3 Milliarden Euro Umsatz 2014. Mit den Vorteilen aus der Steuer finanziert sie die Sanierung von Schulen in Lübeck. Verkehrte Welt!

Prof. Hedtke sagt: „Eine gemeinnützige Stiftung, die derart massiv und schamlos zugunsten der Geschäfte des Stifterunternehmens agiert, dient faktisch dessen privaten, unternehmerischen Interes-

form der Unternehmensbesteuerung“) wurden im Gesetzentwurf auf 12 Milliarden Euro von 2001 bis 2004 beziffert, die Steuerausfälle durch das Gesetz von 2007 („Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“) auf 0,5 Milliarden Euro pro Jahr von 2009 bis 2011.

Während das Stiftungsrecht so zur Unterfinanzierung des Bildungswesens beiträgt, begünstigt es gleichzeitig die gezielte Beeinflussung von Öffentlichkeit und Politik durch Unternehmens-Stiftungen, die Bildung von entsprechenden Netzwerken, die Einrichtung von (inzwischen über 1000) Stiftungslehrstühlen an deutschen Hochschulen und die indirekte Begünstigung der im Eigentum der Stiftungen befindlichen Unternehmen.

„Eine gemeinnützige Stiftung, die derart massiv und schamlos zugunsten der Geschäfte des Stifterunternehmens agiert, dient fak-



Matthias Holland-Letz: Scheinheilige Stifter. Wie Reiche und Unternehmen durch gemeinnützige Stiftungen noch mächtiger werden. Köln 2015 (Backstein-Verlag), 12,90 Euro

sen.“ (Scheinheiligestifter S.114) Und Holland-Letz fragt: „Darf die gemeinnützige Bertelsmann-Stiftung ein Feld bestellen, auf dem der Bertelsmann-Konzern ernten will?“

Leider verweisen auch Gewerkschafter immer dann gern auf Studien solcher Stiftungen, wenn sie vermeintlich ein gemeinsames Anliegen befördern. Auf diese Ambivalenz wies Holland-Letz besonders hin.

Es sei deshalb unumgänglich, wenigstens die vorliegenden Reformvorschläge zur Kenntnis zu nehmen und in einen politischen Diskurs einzutreten. Anscheinend ist die Materie für viele aber so kompliziert wie undurchschaubar, denn tatsächlich findet die Auseinandersetzung kaum statt. Die Vorschläge, wie sie Holland-Letz am Ende seines Buches unterbreitet, werden faktisch nicht zur Kenntnis genommen.

Dabei gibt es gegenwärtig einen akuten Anlass, denn es läuft immer noch das Gemeinnützigkeits-Aberkennungsverfahren für attac, das 2014 vom Finanzamt Frankfurt ausging!

Der folgende Antrag der Bezirksdelegiertenversammlung soll deshalb einen Beitrag für die öffentliche Debatte und schließlich politische Schritte liefern.

Herbert Storn

tisch dessen privaten, unternehmerischen Interessen“, sagt beispielsweise Professor Reinhold Hedtke von der Universität Bielefeld über die Bertelsmann-Stiftung.

Die GEW setzt sich deshalb nachhaltig und öffentlich dafür ein, dass das Steuer- und Stiftungsrecht so revidiert wird, dass nicht über Steuerermeidungsmodelle die Privatisierungstendenzen in der Bildung weiter um sich greifen.

Die GEW fordert auf diesem Hintergrund, das Gemeinnützigkeits-Aberkennungsverfahren für attac, das 2014 vom Finanzamt Frankfurt auf Weisung des hessischen Finanzministeriums ausging, zu stoppen.

Beschluss der Delegiertenversammlung des GEW-Betriebsverbands Frankfurt am Main vom 26.2.2018

Emanzipatorische Perspektiven psychoanalytischer Elementarpädagogik

Die Überlegungen von Prof. Thilo Naumann von der Hochschule Darmstadt verwiesen eingangs auf die pädagogischen Konzepte Siegfried Bernfelds (1892–1953). Bernfeld, Mitglied der Gründungsgeneration der psychoanalytischen Bewegung, war schon in den 20er Jahren durch eine kritische Haltung gegenüber der hauptsächlich mit dem Namen Eduard Sprangers verbundenen geisteswissenschaftlichen Pädagogik hervorgetreten. Spranger wurde im weiteren Verlauf sei-

ner Entwicklung Parteigänger des NS. Bernfeld emigrierte 1934 in die USA und geriet mit seinem Werk *Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung vorübergehend in Vergessenheit, bis er von der Bewegung der antiautoritären Erziehung im Gefolge der 68er-Bewegung neu entdeckt wurde und heute längst zu den Klassikern eines pädagogischen Denkens gehört, das auf die Achtung von Eigengesetzlichkeiten der menschlichen Individualentwicklung setzt.*



Prof. Thilo Naumann und Günter Köhler von der Vorbereitungsgruppe

Drei Erkenntnisse Bernfelds stellte Naumann an den Beginn seines Vortrags:

1. Pädagogen*innen haben es immer mit zwei Kindern zu tun – das Kind vor ihnen und das verdrängte Kind in ihnen. Thilo Naumann wies auf die damit verbundene Gefahr der Verwechslung des inneren und des äußeren Kindes hin, die u. a. darin liegen könnte, an dem Kind, das Zielperson des pädagogischen Handelns sein soll, unbewusst Konflikte zu bearbeiten, die aus der eigenen Sozialisation stammen und in oft schmerzhafter Weise ungelöst geblieben sind.

2. Die Erziehbarkeit des Kindes hat unverrückbare Grenzen: Als „widerspenstig“ erfahrene Tendenzen im kindlichen Verhalten entziehen sich oft mit Notwendigkeit der erzieherischen Einflussnahme, da sie Teil der autonomen kindlichen Persönlichkeit sind.

3. Gesellschaftliche Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse wirken in den pädagogischen Prozess hinein, ohne von ihm außer Kraft gesetzt werden zu können: Jede Pädagogik hat es mit Mächten zu tun, durch welche ihre Wirkungen beschränkt werden. Dieser Umstand stellt einen für das Selbstbewusstsein der Pädagogen*innen immer auch kränkenden Sachverhalt dar, fühlen sie sich doch einem idealistischen Berufsethos verpflichtet, das bemüht ist, durch das eigene Handeln für die zu Erziehenden stets „das Beste“ erreichen zu wollen.

Diese Verhältnisse, die in die Familie und in die Pädagogik hineinwirken, stellen sich heutzutage in neuen Formen dar, die sich durch Entgrenzung bisheriger Normgefüge im Rahmen der sog. Globalisierung auszeichnen. Die neuen Informationstechniken zählen zu diesen Hebeln dieser Entgrenzung und warten ihrerseits mit einer inneren Widersprüchlichkeit auf, bei der

Freiheitsversprechen im Verbund mit massiven Rationalisierungstendenzen auftreten, die auf Ökonomisierung bestehender Beschäftigungsverhältnisse drängen und dadurch den Druck auf die Individuen erhöhen und ihre Freiheitsspielräume bescheiden.

Die stattfindende raumzeitliche Zerlegung von Produktion und Dienstleistungen mittels der neuen Medien, mit der die „Plattform“ als einigendes Band tendenziell an die Stelle der bisherigen Fabrik tritt und die Verteilung von bisher räumlich gebundenen Prozessen an unterschiedliche Standorte erlaubt, verbilligt den Kostenfaktor Arbeit durch Nutzung schlechterer Arbeitsbedingungen und schränkt die Widerstandsmöglichkeiten der Beschäftigten gegen ihre Deprivation gefährlich ein.

Damit ist der Rahmen für die vor sich gehende, stark zunehmende Prekarisierung gesetzt, was z. B. für das Dienstleistungsgewerbe die Dominanz von sozial kaum abgesicherten *bad jobs* wie in der Gastronomie und Pflege mit sich bringt. Von Seiten des Nationalstaates werden diese Prozesse im Rahmen der globalen Standortkonkurrenz von folgenden Maßnahmen begleitet:

1. Neuformierung des Arbeitsmarktes in Gestalt der bekannten deregulierenden von bisher „festen“ Arbeitsverhältnissen, um die Senkung der Arbeitskosten voranzutreiben;

2. Ausbau des Sicherheitsstaates, um die Ausgegrenzten angesichts des Schwunds von Sozialleistungen unter Kontrolle zu halten;

3. Umbau des Sozialstaates vom umsorgenden in einen gewährleistenden Sozialstaat, der Rahmenbedingungen setzt, um die „Eigenverantwortung“ der auf Lohn Einkommen angewiesenen Gesellschaftsmitglieder zur zentralen Zielbestimmung zu erheben. Diesen staatlichen Setzungen entsprechen auf der Seite der Betrof-

fenen als Verarbeitungsmechanismen vor allem

1. der Trend zur Individualisierung: Die bestehenden relativ großen Freiräume werden zur Verlagerung der Verantwortung fürs eigene Wohl in die individuellen Menschen genutzt („Selbstoptimierung“ als Bedingung für die erfolgreiche Selbstvermarktung), was zu einer allgegenwärtigen Verunsicherung der Einzelnen führt (Beispiel: Ständige Verwendung von Handy-Apps u.ä. zur Ermittlung von Messwerten eigener Körpervorgänge als Selbst-Versicherung der Normgemessenheit der eigenen Person).

2. Die vor allem für Verlierer in dieser Konkurrenz entstehende Isolation und Panik begünstigt die Sehnsucht und den Trend zur rechtspopulistischen Vergemeinschaftung.

Die verlangte Anpassung an die Normen des „Selbstmanagements“ führt zur Verleugnung eigener Gefühle und Sehnsüchte, der Trend zur Selbstökonomisierung verlangt von den Einzelnen, dass sie aggressive Impulse gegen die zunehmend ohnmächtig erlebten Zwänge ins eigene professionalisierte Selbst integrieren und gegen sich selbst richten, was gesundheitsschädliche Formen des Umgangs mit betrieblichen Anforderungen hervorruft. Die Folgen sind Depressionen, Stress- und Suchterkrankungen. Die neuen Anforderungen an die psychische Konstitution der Individuen hat die „Verzweckung“ von Bil-

Immerhin gelang es dem Vortrag von Thilo Naumann, durch die von ihm entwickelten Vorstellungen zu einer kindgerechten Elementarpädagogik einmal so etwas wie einen Horizont positiv bestimmter Ziele abzustecken, der angesichts der wirklich herrschenden Tendenzen beinahe schon wieder wie eine Utopie wirkt. Aber eine, die geeignet ist, den nötigen Ansporn für die anstehenden Auseinandersetzungen zu liefern!

dung als Vehikel zum zukünftigen Bestehen auf dem Arbeitsmarkt zur Konsequenz, mit Wirkungen bis hin in den Bereich der Elementarpädagogik:

1. Die Ökonomisierung pädagogischer Organisation mit ihren betriebswirtschaftlichen Effizienz-zwängen verlangt beispielsweise – technisch messbare Dienstleistungen (aus der Pflege schon länger bekannt) – Zielvereinbarungen im Kontraktmanagement

– Budgetierung als Ergebnis für die erfolgreiche Erbringung der Leistungen.

Die hiermit suggerierte Formel eines direkten Verhältnisses zwischen Aufwand und Erfolg widerspricht diametral der Erkenntnis, dass sich pädagogisches Handeln nicht unter Effizienzmaßstäbe bringen lässt, zeitigt aber gleichwohl Wirkungen für das Bewusstsein und die Handlungsweise der im pädagogischen Bereich Beschäftigten.

2. Der hessische Bildungs- und Erziehungsplan entspricht diesem Wandel darin, dass er das Kind als Konstrukt von Kompetenzen ansieht, die dessen Selbststeuerung ermöglichen sollen und zu einem System des um sich greifenden För-

derwahns auf den angeblich entscheidenden Gebieten „mathematisches Denken“, Motorik usw. führt. Ziel ist die Normierung von Kompetenzen und Verhaltensweisen, die auf eine Gesellschaft vorbereiten, die heteronom gestaltet ist. Besonders wenig feinfühlig Eltern erziehen, so Thilo Naumann, in einer Weise wie Pädagogen, die Förderkonzepten folgen, nämlich durchgängig kontrollierend und normierend. Bei ihnen ist die Botschaft voll und ganz angekommen!

3. Die Elementarbildung hat sich unter diesem Druck längst in ein „institutionalisiertes Abwehrbündnis“ gegen alle Tendenzen beim Kind, sich gegen dieses normierende System zu wehren, transformiert, bei dem die Disziplinierung im Vordergrund steht. Unter den Prämissen dieses Abwehrsystems können die Kinder keine integrierte Fähigkeit entwickeln, ihre eigenen Impulse zu verarbeiten. Diese werden vielmehr als selbstbedrohlich erlebt oder aggressiv gegen die Umgebung gerichtet und entsprechend den Effizienzanforderungen zurückgewiesen.

„Nur wer selbst nicht unter Druck steht, muss keinen Druck ausüben“, zitierte der Referent die Pädagogin und Soziologin Monika Seifert, auch als „Mutter der antiautoritären Kinderladenbewegung“ bekannt. Damit ist aber auch klar, dass eine kindgemäße Pädagogik Arbeitsbedingungen verlangt, die den neoliberalen Sparzwängen diametral entgegengesetzt sind. Als Konsequenz aus dem derzeitigen

System wird pathogenen Entwicklungen der Boden bereitet.

Folgende Eckpunkte für eine emanzipatorische Pädagogik benannte Thilo Naumann gegen Ende seines Vortrags:

Die zentrale Bedeutung des kindlichen Spiels für die geistig-emotionale und Persönlichkeitsentwicklung:

Der hessische Bildungs- und Erziehungsplan „kassiert“ nach Naumanns Worten das kindliche Spiel als zentralen Schauplatz der Entwicklung nach einer kurzen Erwähnung sofort wieder, weil es nicht das „eigentliche Lernen“ sei. Dies sei allein deshalb empörend, da es eine anspruchsvolle Aufgabe darstelle, sich in das Kind einzufühlen. Beim Spiel handele es sich um das zentrale Medium des kindlichen Lernens: Es mobilisiere Selbstheilungskräfte, gestatte Auseinandersetzungen im sozialen Mit- und Gegeneinander und gebe Gelegenheit zur Externalisierung individueller Voraussetzungen, die in der Spielfigur ausprobiert und von den Spielkameraden*innen beantwortet würden.

Partizipation der Kinder bei der Gestaltung des pädagogischen Feldes

Die Mitgestaltung der Infrastruktur durch die Kinder ist eine wichtige

Voraussetzung, um sich selbst als Individuen zu erfahren, die auf Bedingungen ihrer Umwelt mit einwirken und dadurch die selbstverständliche Erfahrung der Mitsprache machen können, was für die Kinder von entscheidender Bedeutung ist, um sich nicht als ohnmächtig und ausgeliefert zu erleben. Darüber hinaus ist die Möglichkeit, Regelsysteme schrittweise mitentwickeln zu können, die Voraussetzung für Internalisierungsprozesse, die nicht durch Unterwerfung, sondern durch Partizipation und Autonomisierung gekennzeichnet sind und damit einen Boden für das Wachsen von Solidarität bieten.

Entwicklungsbündnis

Das Entwicklungsbündnis hat darin zu bestehen, krisenhafte, „verrückte“ und irritierende Verhaltensweisen nicht einfach als nicht normgerecht zurück- und zurechtzuweisen, sondern in Kooperation mit dem Kind nach deren Ursachen zu suchen. „Störungen“ sind in dieser Perspektive nicht einfach Normwidrigkeiten, sondern Verhaltensweisen, die einen Sinn haben. Die beliebte Maxime, Affekte „kleinzuhalten“, ist hier völlig kontraproduktiv, weil durch ihre Verbannung aus dem pädagogischen Feld auch keine Ursachenexploration und -bearbeitung mehr stattfinden kann.

Anstelle dessen gilt es die *Kinder zu halten*, d. h. ihm deutlich machen, dass alle seine Themen „haltbar“ sind. Nur so kann es gelingen, eine beruhigende Antwort zu geben, mit der das Kind auch klarkommen kann. Oft liegen den Störungen Primärkonflikte zugrunde, die das Kind (noch) nicht anders artikulieren kann. Durch einen simplen Rauswurf des überbordend aggressiven Kindes besteht die Gefahr der Re-Aktualisierung des Ursprungskonfliktes bzw. der Reproduktion der damit verbundenen Erfahrung als wehrlos und wertlos und damit der Verstärkung des Konfliktes.

Optimalstrukturierung

Unter Optimalstrukturierung versteht man im Idealfall das Bemühen, die Gesamtheit des pädagogischen Settings daraufhin zu überprüfen, ob es Entwicklung begünstigt oder sie verhindert. Institutionell begründete Konflikte sind durch entsprechende Optimierung der Infrastruktur auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Dass dies unter den bestehenden Bedingungen den gemeinsamen Kampf aller am Gelingen pädagogischer Prozesse Interessierten erfordert, ist nach dem zuvor Gesagten klar. Die genannten Ziele werden sich nur durch ein forciertes gesellschafts- und bildungskritisches Engagement verwirklichen lassen. Die GEW ist als Bildungsgewerkschaft hier in besonderer Weise gefordert.

Immerhin gelang es dem Vortrag von Thilo Naumann, durch die von ihm entwickelten Vorstellungen zu einer kindgerechten Elementarpädagogik einmal so etwas wie einen Horizont positiv bestimmter Ziele abzustecken, der angesichts der wirklich herrschenden Tendenzen beinahe schon wieder wie eine Utopie wirkt. Aber eine, die geeignet ist, den nötigen Ansporn für die anstehenden Auseinandersetzungen zu liefern!

Ernst Olbrich